

Fragen zur Krise

Helmut Creutz
beantwortet aktuelle Leserfragen

Seit Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise beschäftigen sich die Medien sehr ausführlich mit wirtschaftlichen Zusammenhängen. Vieles bleibt dabei an der Oberfläche und wirft bei den verunsicherten Menschen eher mehr Fragen auf, als beantwortet werden. Helmut Creutz nimmt sich einiger dieser Fragen an und versucht, etwas mehr Licht ins Dunkel der jetzigen Entwicklungen zu bringen.

■ 1. Frage:

Warum sind die Kreditzinsen immer noch so hoch, obwohl die Banken doch für das Geld der Bundesbank, das sie weiter verleihen können, nur noch 1% Leitzinsen zu bezahlen brauchen?

Antwort: Hier ist einmal zu beachten, dass die Banken nur jene Geldmittel verleihen können, die sie von den Sparkunden erhalten. Denn das von der Bundesbank so zinsbillig vergebene Zentralbankgeld dient den Banken nur zur Auffüllung ihrer Zentralbankgeld-Bestände, mit denen sie vor allem den Banknotenumlauf und die vorgeschriebenen Mindestreserven abdecken, die sie in Höhe von 2% der Kundeneinlagen bei der Zentralbank halten müssen. Gleichzeitig dienen diese Zentralbankgeldbestände für den bankinternen Liquiditätsausgleich, jedoch niemals – da immer auf den Konten bei der EZB verbleibend – für Kundenkredite.

Zum zweiten ist zu beachten, dass die Zinshöhe bei den Kundenkrediten nicht von den Leitzinsen abhängt, sondern von der Höhe jener Guthabenzinsen, welche die Sparer für ihre Einlagen erhalten bzw. durchsetzen können. Durch Aufschlag der Bankmarge auf diese Guthabenzinsen ergeben sich dann die Kreditzinsen. Da jedoch die Kundeneinlagen und Zinskonditionen überwiegend mit bestimmten Laufzeiten festgelegt sind, kann es nur nach und nach zu einer Anpassung der Bank-Zinssätze an die Leitzinsen kommen.

■ 2. Frage:

Ich habe gelesen, dass die Banken seit einem halben Jahr soviel Geld von der EZB bekommen können wie sie wollen. Damit müssten ihnen doch auch zusätzliche Kreditvergaben möglich sein?

Antwort: Dass den Banken seit Oktober 2007, über die bisher üblichen Zentralbankgeld-Haltungen hinaus, Geld ausgeliehen wird, ist eine zusätzliche Maßnahme, die zum Abbau der Unsicherheiten der Banken und zur Belebung des Interbankenverkehrs beitragen soll. Mit den Kreditvergaben an die Kunden haben aber diese Liquiditäts-Ausweitungen nichts zu tun. Das zeigt sich u. a. daran, dass diese Ausweitungen nur bei etwa 2% jener Kundeneinlagen liegen, die die Banken als Kredit vergeben haben. Außerdem wurden diese Liquiditäts-Ausweitungen von den Banken inzwischen bereits wieder auf rund ein Drittel abgebaut und im übrigen, zur Zinsersparnis, überwiegend über Nacht immer bei der EZB geparkt. Auch von daher war eine Nutzung für Kundenkredite gar nicht möglich.

■ 3. Frage:

Verschiedentlich wurde in der Presse darüber berichtet, dass die amerikanische wie auch die britische Notenbank, durch den Ankauf von Wertpapieren, direkt zusätzliches Geld in die Wirtschaft geben. Auch die EZB soll ähnliche



Schritte erwägen. Muss eine solche Ausweitung der Geldmenge nicht zwangsläufig zu Inflationen führen?

Antwort: Zweifellos ist eine solche Ausweitung der Geldmenge mit Inflationsgefahren verbunden. Die Notenbanken haben aber auch jederzeit die Möglichkeit, das herausgegebene Mehrgeld durch den Verkauf der erworbenen Wertpapiere wieder aus dem Umlauf zurückzuziehen, auch wenn das mit Verlusten verbunden sein kann. Mit dieser vorübergehenden Vermehrung der Geldmenge wollen die Zentralbanken auch die derzeit dem Kreislauf entzogenen Bargeldbestände ausgleichen. Zu diesen Geldzurückhaltungen bzw. -hortungen kommt es einmal aufgrund der allgemeinen Furcht vor den Krisenfolgen (Angstsparen!), aber auch aufgrund der derzeit niedrigen Bankzinsen, die eine Anlage und damit Freigabe des Geldes unattraktiv machen.

■ **4. Frage:**

In der Presse ist immer wieder von drohender Inflation und sogar Deflation die Rede. Aber so etwas kann doch nur bei zu großen bzw. zu geringen Ausweitungen der Geldmenge vorkommen. Warum wird die Geldmenge denn nicht genauer von den Notenbanken kontrolliert?

Antwort: Das Problem der Notenbanken ist, dass sie eine Sache steuern müssen, deren wirksame Größe sie nicht kennen. Zwar wissen sie ganz genau, wie viel Geld sie in den Umlauf gegeben haben, aber nicht, wie viel davon tatsächlich nachfragend in der Wirtschaft kursiert, also nachfragewirksam ist.

Um dieses Dilemma zu beheben und den Geldkreislauf zu verstetigen, wird von der Geldreformbewegung bekanntlich die Einführung einer Gebühr auf die Geldhaltung als Umlaufsicherung gefordert.

■ **5. Frage:**

Häufig ist zu lesen, dass auch die Geschäftsbanken die Geldmenge durch Kreditvergaben vermehren können. Wenn das tatsächlich der Fall ist, müssten wir dann nicht längst eine galoppierende Inflation haben?

Antwort: Wie aus den Statistiken der Bundesbank hervorgeht, ist die in den Umlauf gegebene Bargeldmenge seit 1950, schwankend um 7% des BIP, praktisch im Gleichschritt mit der nominellen Wirtschaftsleistung ausgeweitet worden, ebenso die gesamte Zentralbank-Geldmenge schwankend um 10%. Sieht man von der darin bereits eingerechneten Inflation von durchschnittlich etwa drei Prozent in den vergangenen Jahrzehnten ab, war diese Steuerung also halbwegs erfolgreich. Die Kreditvergaben der deutschen Banken sind dagegen von 1950 bis 2008 von rund 30% auf 200% des BIP angestiegen, also fast sieben Mal rascher als die nominelle Wirtschaftsleistung. Wäre mit diesen Kreditvergaben tatsächlich eine Vermehrung der Geldmenge verbunden gewesen, dann wäre es tatsächlich zu einer „galoppierenden Inflation“ gekommen.

Bei dieser Annahme der Geldvermehrung durch die Geschäftsbanken, werden die sich akkumulierenden Sparvorgänge mit Geld mit der dabei benutzten Geldmenge verwechselt. Diese Geldmenge wird jedoch bei diesen ständig wiederholbaren Sparvorgängen genau so wenig vermehrt, wie das bei den ständig wiederholbaren Kaufvorgängen mit Geld der Fall ist.

■ **6. Frage:**

Im Zusammenhang mit der Banken- und Finanzkrise wird immer wieder von vernichteten Geldbeträgen in Milliardenhöhen berichtet. Wie kann man sich das eigentlich vorstellen? Haben da tatsächlich Leute ihr Geld verbrannt?

Antwort: Nach Auskunft der Bundesbank hat zwar jeder das Recht, in seinen Besitz befindliche Geldscheine zu verbrennen oder auf andere Weise zu vernichten, aber in Wirklichkeit dürfte das wohl kaum jemand tun, schon gar nicht in Milliardenhöhen. Mit diesen Dramatisierungen will man wohl umschreiben, dass es für viele Banken, Spekulanten und damit Geldvermögensbesitzer große Forderungsausfälle und Verluste gegeben hat. Doch wo es Verluste gibt, hat es in gleicher Höhe auch immer Gewinner gegeben! Das gilt nicht nur für Geldeinsätze bei Wetten oder im Spielca-



sino, sondern ebenso bei allen Geschäften über Banken und Börsen, auch wenn hier das Zurückverfolgen über die Vielzahl der Stufen, Verschachtelungen und Zeitverschiebungen nur schwer möglich ist.

Zu diesen Gewinnern gehören z.B. die Millionen Angestellten bei Banken und Börsen, die in den letzten zehn Jahren nicht nur sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze hatten, sondern in vielen Fällen mit umsatzbezogenen Provisionen zusätzlich honoriert wurden. Das gilt ebenfalls für die Verkäufer der Schrott-Kredite in den USA, aber auch für Millionen Häuslebauer, die mit extrem verbilligten Krediten Eigentum erworben oder von den Preisanstiegen ihrer Immobilien profitiert haben. Und das gilt selbstverständlich ebenfalls für alle diejenigen, die sich mit Spekulationen und Wetten mit geliehenem Geld goldene Nasen verdienten, bis hin zu jenen Milliardären, deren Zahlen sich in den letzten 20 Jahren mehrfach verdoppelten. Selbst diejenigen, deren Verluste nachweislich aus Kurseinbrüchen an den Börsen resultieren, können davon ausgehen, dass in gleicher Höhe andere Gewinne machten, nämlich diejenigen, die bei den Börsengeschäften im richtigen Moment ein- und ausgestiegen sind!

Die Steuerzahler – und damit letztlich in der Mehrzahl die Arbeitleistenden – und an allen Gewinnen völlig unbeteiligten Bürger, sind diejenigen, die jetzt die Zeche bezahlen müssen.

■ 7. Frage:

Im Internet las ich von einem Wirtschaftswissenschaftler namens Buiter, der einen Minuszins beim Ausleihen von Geld vorgeschlagen hat. Das ist natürlich toll, wenn ein Kreditnehmer, der sich 100 Euro oder Dollar leiht, nach einem Jahr nur 95 zurückzugeben braucht. Aber wer würde dann noch Geld verleihen?

Antwort: Dieser Vorschlag Buiters bezog sich nicht auf die normalen Bankkredite, sondern auf die Ausleihung von Zentralbankgeld an die Banken, die ja bekanntlich sogar bei den heutigen niedrigen Zinsen immer noch zögern, im Interbankengeschäft verstärkt aktiv zu werden. Wahrscheinlich will Buiter mit dem Vorschlag der Minuszinsen vermeiden, dass die Zentralbanken ihre Steuerungsmöglichkeiten ganz verlieren, mit denen sie, über den Geld- und Interbankenmarkt, die Vorgänge in der Wirtschaft zu beeinflussen versuchen, wie das in Japan seit fast 15 Jahren der Fall ist.

Während jedoch ein solcher Minuszins bei der Geldausgabe der Zentralbank noch halbwegs denkbar wäre, da sie ja laufend ihre Konditionen korrigieren kann, ist er bezogen auf den normalen Kreditmarkt in der Wirtschaft völlig unreal. Hier müsste man vielmehr genau umgekehrt ansetzen! Aber nicht etwa durch höhere Kreditzinsen, sondern durch die Einführung von Gebühren auf die Geld- bzw. Geldzurückhaltung! Denn solche Geld-Zurückhaltungen können sich leicht zu einem „Geldstreik“ und damit einer Deflation auswachsen. Die FAZ am 29. April schrieb deshalb in ihrem Artikel, „Federal Reserve hält Leitzins von minus 5% für angemessen – Amerikas Geldpolitik stößt an ihre Grenzen“, völlig zu Recht: „Solange... das Horten von Geld nicht bestraft wird, zum Beispiel durch eine Steuer, sind negative nominale Notenbankzinsen ausgeschlossen.“

■ 8. Frage:

Was ist von den Auffassungen der Professoren zu halten, die gegen die in der Politik beschlossene Abbremsung der Staatsverschuldung protestiert haben?

Antwort: Vordergründig sind die geäußerten Bedenken richtig, denn jede Volkswirtschaft ist gezwungen, im gleichen Umfang ihre Schulden auszuweiten, wie die Ersparnisse zunehmen. Denn alle Ersparnisse müssen auf diese Weise wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden, wenn die Wirtschaft nicht unter Geldmangel leiden soll. Wie schon 1987 das langjährige Mitglied des Sachverständigenrates, Professor Rüdiger Pohl, in der „Zeit“ geschrieben hat, *„Wenn die Kapitalnachfrage der Unternehmen wegen der schwachen Investitionsneigung gering bleibt, dann muss der Staat das am Markt entstehende Kapitalüberangebot aufnehmen, weil anderenfalls eine deflationäre Wirtschaftsentwicklung einsetzen würde.“*

Das heißt, angesichts der uns heute drohenden deflationären Entwicklungstendenzen, ist der Staat tatsächlich zum Schuldenmachen gezwungen! Auf die Hintergründe dieses Verschuldungszwanges, das Überwachstum der Geldvermögen, gehen die heute gegen die Schuldenbremse protestierenden Professoren jedoch mit keinem Wort ein. Noch weniger auf die Ursache dieses Dilemmas, nämlich die dauernd positiven und über den Wachstumsraten liegenden Zinsen. Dabei haben wir diesen Fehlentwicklungen im monetären Bereich die ganzen Misere unserer Tage zu verdanken!